



## Zauberformel PPP ?

**Wir rechnen nach !**

- ➔ **Was ist PPP?**
- ➔ **Was ist das Mannheimer Modell?**
- ➔ **Soll Frankfurt Schule machen?**
- ➔ **Was sind unsere Bedenken?**
- ➔ **Gibt es Alternativen?**

## Kurz erklärt:

**Public  
Private  
Partnership**

Seit einigen Jahren wird PPP – „Public Private Partnership“ – als die Lösung aller öffentlichen Finanzierungsprobleme angepriesen. Kommunale Einrichtungen und Betriebe wie zum Beispiel die Abfallwirtschaft, Schwimmbäder und die Trinkwasserversorgung werden (teil-)verkauft oder einzelne Aufgabenbereiche an private Unternehmen vergeben. Tatsächlich ist dies aber nur eine verschleierte Form der Verschuldung. Denn statt Zinsen zahlt eine Kommune über einen langen Zeitraum beispielsweise Miete für die Nutzung der privaten Schulgebäude. Mittel- bis langfristig summieren sich die Zahlungen auf ein Vielfaches der Summe, die in öffentlicher Trägerschaft angefallen wären.

Auch das private Unternehmen muss Kredite aufnehmen und diese sind in aller Regel ungünstiger als die, die der öffentlichen Hand gewährt werden.

Gleichzeitig sollen auch noch Gewinne eingefahren werden. Der Private „Partner“ nutzt daher alle Spielräume, die ihm der PPP-Vertrag läßt, um Kosten zu sparen. Das sind die Effizienzvorteile, die die private Beteiligung angeblich so attraktiv macht. Es handelt sich bei PPP also eher um Partnerschaften zur Veruntreuung öffentlichen Geldes.

## Mannheimer Modell

Das sogenannte Mannheimer Modell zeichnet sich dadurch aus, dass es sich hier um ein unechtes PPP handelt. Bei einem PPP kommt ein Partner aus dem öffentlichen Sektor, der andere aus dem privaten. Beim „Mannheimer Modell“ kommen beide Partner aus dem öffentlichen Bereich. Der eine Partner ist hier die Stadt Mannheim, der andere ist eine 100%ige Tochter eines Wohnungsbauunternehmens, welches seinerseits zu 100% der Stadt Mannheim gehört.

Dieses Tochterunternehmen wurde sogar eigens für diese anstehenden Schulsanierungen im Auftrag der Stadt Mannheim (Beschlussvorlage 21.12.2004) von der GBG gegründet mit dem Namen "Bau- und Betriebsservice GmbH. (BBS).

Zu dieser Lösung sah sich die Stadt Mannheim gezwungen, weil sie für ihr geplantes PPP zur Sanierung der Mannheimer Schulen keinen privaten Partner gefunden hatte. Für die potenziellen privaten Partner waren die Risiken bei den anstehenden Schulgebäudesanierungen einfach zu groß.

Als Aufgaben für diese BBS sind ausdrücklich der Neubau, die Sanierung, die bauliche Instandhaltung und Bewirtschaftung der Mannheimer Schulen genannt.

Es gibt in Mannheim 80 Schulstandorte, davon sollen in einem ersten Schritt die Integrierte Gesamtschule Herzogenried (IGMH) und die Eugen-Neter-Schule saniert, sowie in einem zweiten Schritt die Käthe-Kollwitz-Schule und das Kinderhaus, die Stocké-Schulen (Alfred-Delp-Schule, Eduard-von-Spranger-Schule, Theodor-Heuss-Schule und die Vogelstang-Schule) neugebaut werden.

## Fortsetzung: Mannheimer Modell

Die BBS wird aus dem Vermögenshaushalt der Stadt Mannheim mit den notwendigen Mitteln von 40 Millionen Euro ausgestattet. Ebenso werden der BBS städtische Mitarbeiter aus dem Hochbauamt auf der Grundlage einer sogenannten Personalgestellung überlassen, soweit gesetzlich und tariflich zulässig. Formalrechtlich ist das „Mannheimer Modell“ als PPP angelegt. Nach erfolgreicher Sanierung der ersten acht Projekte könnte die eigens für diese Sanierungen gegründete Tochter (BBS) der Mannheimer Wohnungsbaugesellschaft (GBG) an private Investoren verkauft werden, ohne dass der rechtliche Rahmen dafür verändert zu werden brauchte. Damit ist also die Privatisierung bzw. die Teilprivatisierung schon vorbereitet.

## attac-Mannheim

### Mitgliedertreffen

jeden 1. Mittwoch  
eines jeden Monats  
um 19.00 Uhr  
im Gewerkschaftshaus  
Hans-Böckler-Straße 1  
bei ver.di 2. OG (ehem. hbv)

E-Mail: Mannheim@attac.de  
attac-Mannheim@email.de  
Internet: [attac.de/mannheim/](http://attac.de/mannheim/)



## Die aktuelle Lage in Mannheim

### Eines steht außer Frage:

So gut wie alle Mannheimer Schulen müssen dringend saniert werden. Von insgesamt 93 Schulen haben 25 sogar hohen Sanierungsbedarf. Mitverantwortlich für diese Misere ist die Tatsache, dass notwendige Instandhaltungen in der Vergangenheit von Jahr zu Jahr verschoben wurden. Im Vergleich zu Mannheim haben beispielsweise die Heidelberger Schulen anteilmäßig weniger Sanierungsbedarf, da die Wartung der Gebäude dort regelmäßiger durchgeführt wurde.



Kinderhaus an der Käthe-Kollwitz-Schule

**Weiterhin unbestritten** ist die insgesamt prekäre finanzielle Lage Mannheims - der Städte allgemein - seit der Senkung der Körperschaftssteuer im Jahr 2001.

### Also fragten sich die Verantwortlichen: „Was tun?“

Acht von den am dringendsten sanierungsbedürftigen Schulen wurden jetzt zusammengefasst und sollen in einer Art „Pilotprojekt“ saniert werden. Das Pilotprojekt, auf den beziehungsreichen Namen „Mannheimer Modell“ getauft, scheint für viele Entscheidungsträger der Königsweg zu sein; die Lösung, wie eine Sanierung trotz leerer Kassen bewerkstelligt werden kann. Laut eines Wirtschaftlichkeitsgutachtens, das die Stadt dem Regierungspräsidium Karlsruhe vorlegen musste, um nachzuweisen, dass das „Mannheimer Modell“ tatsächlich kostengünsti-

- Ich möchte andere Menschen über Attac informieren.
- Bitte schickt mir \_\_\_ Exemplare dieses Faltblatts.
- Bitte schickt mir weiteres Informationsmaterial.
- Bitte nehmt mich in den Attac-Info-verteiler auf.
- Ich habe Interesse, in einer Attac-Gruppe in meiner Region mitzuarbeiten  
– bitte schickt mir Kontaktadressen.
- Ich möchte mehr über Attac wissen.
- Bitte schickt mir \_\_\_ Exemplare des letzten Attac-Rundbriefs.

### Absender

Name: \_\_\_\_\_  
Straße: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Telefon: \_\_\_\_\_  
Fax: \_\_\_\_\_  
E-Mail: \_\_\_\_\_

**Attac Bundesbüro  
Münchener Straße 48  
60329 Frankfurt am Main**

Oder beide Seiten per Fax: 069-900281-99

### Mitgliedschaft / Spenden

- Ja, ich möchte Mitglied bei Attac werden  
(Adresse bitte auf der Rückseite eintragen!)
- Ich erkläre mich damit einverstanden, dass Attac jährlich / monatlich meinen Mitgliedsbeitrag\* in Höhe von jeweils \_\_\_ Euro von meinem Konto abbucht.  
(Unzutreffendes bitte streichen!)
- Ich überweise meinen Mitgliedsbeitrag\* von \_\_\_ Euro jährlich/monatlich auf das Konto von Attac.  
(Unzutreffendes bitte streichen!)
- Ich möchte Attac mit einer Spende unterstützen. Ich bin damit einverstanden, dass Attac einmalig/monatlich/jährlich \_\_\_\_\_ Euro von meinem Konto einzieht.  
(Unzutreffendes bitte streichen!)

KontoinhaberIn: \_\_\_\_\_  
Konto-Nr.: \_\_\_\_\_  
Bank: \_\_\_\_\_  
BLZ: \_\_\_\_\_  
Datum/Unterschrift: \_\_\_\_\_

*\* Richtwert für den Beitrag sind 5 Euro im Monat. Nach Selbsteinschätzung freuen wir uns jedoch, wenn der Beitrag höher liegt.*

*Der Mindestbeitrag beträgt 15 Euro im Jahr (Ausnahmen sind natürlich möglich).*

*Die Teilnahme am Lastschriftverfahren spart uns viel Zeit und Geld, deshalb bitten wir darum, uns eine Einzugsermächtigung zu erteilen. Sie ist jederzeit widerrufbar.*

#### Spendenkonto Attac Deutschland:

Share e.V./Attac, Konto-Nr. 800 100 800  
GLS Gemeinschaftsbank, BLZ 430 609 67  
*Spenden sind steuerlich absetzbar!*

*Fortsetzung: Die aktuelle Lage in Mannheim*

ger ist, als eine Sanierung seitens der Stadt in Eigenregie, ergab sich:

Einsparungen bei Bau- und Sanierungsarbeiten: 7 %,  
Einsparungen bei den Bewirtschaftungskosten der Schule: 11 %, Gesamteinsparungen: 9 %.

#### Wie kommen diese Einsparungen zu Stande?

- Die BBS kann als **private** Enkeltochter der Stadt zu den gleichen Bedingungen Kredite auf dem freien Markt aufnehmen wie die Stadt.
- Bauliche Standards werden einem „mittleren Niveau“ angepasst.
- Flächen werden reduziert (Klassenzimmer- und Flurgröße) und schon jetzt den geburtenschwachen Jahrgängen von 2009 angepasst. (Solche kurzfristigen Planungen führten z. B. zum Bau der Stockéschulen. Diese „Billigbauten“ waren nur für die Dauer von 20 Jahren gedacht und sollten dann abgerissen werden. Leider hatte man sich verrechnet und die geburtenschwachen Jahrgänge kamen nicht.)
- Leistungen werden von Fremdfirmen erbracht. (Das kann z. B. eine „Hauptsache-billig“-Firma aus Lettland, Bulgarien oder Irland sein, was dann wieder zu Lasten des ortsansässigen Mittelstandes gehen wird.)
- Einsparungen bei der Bewirtschaftung: Auslagerung der Hausmeister - diese unterstehen dann nicht mehr der Stadt, sondern BBS oder GBG. Neu eingestellte Hausmeister können auch in einem privaten Beschäftigungsverhältnis stehen. Auch die Putzfirmen sind nicht mehr städtisch.



*Käthe-Kollwitz-Schule*

## Soll Frankfurt Schule machen?

Die attac-Gruppe Mannheim beobachtet seit über einem Jahr die Entwicklung von PPP. In unserer Zeitung „Mannheim Privat“ berichteten wir bereits über mögliche Konsequenzen der PPP-Projekte im Schulbereich.



Eine der sechs sogenannten Stocké-Schulen

Heute zeigt sich, dass all unsere Befürchtungen beim Neubau des Bildungszentrums Ostend in Frankfurt am Main eingetroffen sind, also durchaus berechtigt waren. Das Bildungszentrum Ostend ist ein PPP-Neubaukomplex für 6 Schulen. Öffentlicher Träger ist die Stadtkämmerei und privater Träger die Baubetreuerfirma Dress & Sommer. Die Bethmannschule, eine der größten der 6 Schulen, beklagt sich nun gegenüber der Stadt „Es fehle den beiden Trägern ein Mindestmaß an Schulbaukompetenz“. Die Schule durfte weder mit den Architekten noch mit den Bauausführenden in Kontakt treten. Das von der Bethmannschule in einem jahrelangen Prozess entwickelte Schulprogramm blieb unberücksichtigt. So ergaben sich Mängel mit erheblichen Folgekosten, deren Finanzierung bis heute zum Teil nicht geklärt ist. Zum Beispiel liegt die generelle Schlüsselhoheit nicht bei der Schule. Die Abschließbarkeit der Räume kann we-

gen fehlender Schließzylinder nicht gewährleistet werden. Ein unüberschaubarer Personenkreis hat somit Zugang zum Sekretariat und Lehrerzimmer und somit auch zu Schüler- und Zeugnisdaten. Zudem besteht ein freier Zugang zu den Funktions-, Unterrichts- und Computerräumen. Wer trägt die Kosten bei Diebstahl? Da ja in diesem Fall wohl kein Versicherungsschutz besteht.

Weiterhin wurde die Mindestgröße der Unterrichtsräume nicht eingehalten. Es fehlten die Tafeln sowie die Abfallbehälter im Flur und Außenbereich. Nun muss die Stadt extra drauf legen.

Durch ein unübersichtliches Raumordnungssystem wird zudem der Unterricht durch ständiges Nachfragen gestört. Die zu kleinen Klassenzimmer werden von 3 Schulen von 08:00 bis 22:00 Uhr und zum Teil auch an den Wochenenden genutzt. Dies bedürfte einer täglichen Reinigung, doch erfolgt diese allerdings nur zweimal pro Woche.

Durch ein Online-Buchungssystem sollen zudem die Räume noch untervermietet werden. Durch die größere Auslastung ergibt sich ein höherer Verschleiß. Auch hier ist die Finanzierung der Folgekosten noch nicht geklärt.

Ein Brandschutzkonzept wurde ohne Absprache mit den Schulen festgelegt.

Die von den Schulen vorgeschlagenen Gestaltungsideen wurden abgelehnt. Nun befürchten die Schulen, dass auch zukünftig „Schulleben gestaltende Elemente“ und „pädagogische Visionen“ unterbunden werden.

Die Stadtkämmerei verhandelt allein mit dem Kiosk- und Cafeteriabetreiber und verstößt somit gegen das Hessische Schulgesetz und die Schulverfassung.

Dies zeigt sehr deutlich die Ungereimtheiten, die durch PPP-Bauprojekte entstehen können:

- Wer hat die Kosten für das profitorientierte Arbeiten der privaten Träger zu tragen?
- Wer legt zukünftig die Normen und Standards in unseren Bildungs- und Dienstleistungseinrichtungen fest?
- Wer bestimmt zukünftig, welche Firmen ihre Produkte in den Schulen anbieten dürfen?
- Wer sorgt für das Grundrecht 'Gleiche Bildung für alle'?



## Was sind unsere Bedenken?

Machen wir uns nichts vor. Was die Stadt hier plant, ist nichts weiter als eine verdeckte Kreditaufnahme. Nachdem Mannheim vom Regierungspräsidium aus keine neuen Kredite mehr aufnehmen darf, wird nun versucht über die Hintertür der neu gegründeten „Tochter-Tochter“ Kredite aufzunehmen um die maroden Schulen doch noch zu sanieren. Sehr einfallreich ist das gerade nicht, und zurückzahlen müssen es wieder mal unsere Kinder.

Und diesen wird schon sehr früh vorgelebt, dass Gewinnerorientierung mehr zählt als Werteorientierung. Und so dürfen wir uns auch nicht darüber wundern, wenn auch die Kinder ihr Leben mit Schulden beginnen, die sie in den Handyläden, Fastfoodketten und Internetcafes machen, die sich in den Schulen etablieren werden. Denn die Betreiber der neu sanierten Schulen werden zwecks besserer Auslastung auf kommerzielle Unternehmen angewiesen sein. Schulen werden zwangsläufig als Veranstaltungsorte vielfältige neue Einsatzmöglichkeiten erfahren und aufgrund kommerzieller Notwendigkeit fast rund um die Uhr ausgelastet sein.

Aufgrund dieser Tatsache wird es auch logischerweise zu einer größeren und schnelleren Abnutzung der Einrichtung kommen.

Die Architektur wird sich nicht mehr an Bedürfnissen einer Schule orientieren, sondern eher den Erfordernissen einer effektiven und effizienten Auslastung entsprechen. Die Klassenräume, sofern es solche fixen Einrichtungen überhaupt noch geben wird, werden also mehr den Anforderungen eines „Veranstaltungsortes“ gerecht werden müssen, und nicht mehr den speziellen Bedürfnissen eines Klassenzimmers.

Des Weiteren ist zu erwarten, dass der bauliche Standard, der für Schulen in Mannheim vorgeschrieben ist, abgesenkt wird, wie dies schon an einigen Schulen geschehen ist.

Es bleibt nur zuhoffen, dass die Ausschreibungen nicht

europaweit erfolgen und eine Firma aus einem Billiglohnland den Zuschlag bekommt. Nicht nur weil dann heimische Firmen unterboten werden und inländische Arbeitsplätze gefährdet werden, sondern weil bei Reparatur und Wartungsarbeiten oder bei eventuellen Beanstandungen die Firmen sehr viel schwerer vor Ort greifbar und haftbar sind.

### Gibt es Alternativen ?

Wir glauben, dass es Wege gibt, wie die Gemeinden weiterhin die öffentliche Aufgabe der Schulsanierung unangefochten in eigenen Händen behalten können, ohne auf private Finanzierungsquellen angewiesen zu sein.

- Zum Beispiel durch eine **verlässliche eigene Steuer**, die den Gemeinden zufließt, wie sie im Faltblatt von Attac „Gemeindefinanzen stärken“ beschrieben ist. Hier wird angeregt, eine **„Gemeindefinanzsteuer“** zu erheben, die alle Unternehmen, also auch Selbstständige und Freiberufler betrifft. Damit wird die Steuerbasis erheblich ausgeweitet. Alle Unternehmen wollen eine intakte kommunale Infrastruktur nutzen, also müssen sie auch zu deren Finanzierung beitragen. Ein Freibetrag soll sicherstellen, dass Geringverdiener davon nicht betroffen werden.
- Durch eine **Gemeindefinanzreform**, die einen gerechteren Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Kommunen beinhaltet. Z. B. sollte die gesamte Gewerbesteuer in den Kommunen verbleiben. Renommeeobjekte, wie die Erweiterung des Rosengartens, sollten nachrangige Bedeutung haben. Die Stadt hat die Verpflichtung, dem öffentlichen Bildungsauftrag nachzukommen und ihm absolute Priorität einzuräumen. Dazu gehört auch, dass sie die hierfür erforderliche Infrastruktur (die Schulen und ihre Erhaltung) in eigenen Händen behält.
- Bei Angeboten von privaten Investoren (Ingo Hopp, SAP Arena), sollten vor der Zustimmung die Kosten, die auf die Stadt zukommen, gewissenhafter kalkuliert werden. Dadurch würde verhindert, dass ein scheinbar lukratives Angebot „nicht enden wollende“ Folgekosten verursacht.